

«... dann wird es für uns schwierig»

Fall UBS: Spurt der Bundesrat nicht, verlangt Geschäftsprüfungskommission eine PUK

SP-Nationalrätin Maria Roth-Bernasconi, Präsidentin der Geschäftsprüfungskommission, will die Geheimpapiere sehen.

BEAT RECHSTEINER

Frau Roth-Bernasconi, die Geschäftsprüfungskommission (GPK) hat sich gestern mit dem Bundesrat getroffen. Werden Sie nun Zugang zu allen verlangten Dokumenten erhalten?

Maria Roth-Bernasconi: Bundespräsidentin Doris Leuthard und Vizepräsident Moritz Leuenberger sind mit unserem Vorschlag einverstanden, dass von den fraglichen Dokumenten jeweils eine Kopie angefertigt wird. Diese soll im Sekretariat der GPK unter Verschluss aufbewahrt werden. Der Präsident der Arbeitsgruppe würde diese Kopien dann für seine Kollegen aufarbeiten. Entscheiden darüber wird der Bundesrat am Mittwoch.

Was sind das für Dokumente, in die der Bundesrat bisher die Einsicht verwehrt hat?

Roth-Bernasconi: Es geht um die Antragspapiere der Depar-

temente, um Arbeitspapiere und die Mitberichte der einzelnen Bundesräte.

Was geschieht, wenn sich der Bundesrat Ihren Anliegen doch noch verweigert?

Roth-Bernasconi: Dann wird es für uns schwierig, weiterzuarbeiten. Wir würden in einem solchen Fall die Forderung nach einer Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) unterstützen. Einer PUK kann sich der Bundesrat nicht verweigern, ihr müssten auch die geheimsten Papiere offengelegt werden.

Ist für Sie eine PUK sinnvoll?

Roth-Bernasconi: Es wäre sicher rationeller, wenn die GPK ihre Arbeit abschliessen könnte, schliesslich beschäftigt sie sich bereits seit März 2009 damit. Eine PUK müsste dagegen wieder von vorne beginnen, denn es dürften kaum die gleichen Leute in der PUK vertreten sein wie jetzt in der GPK.

Ende Mai soll der Bericht fertig sein. Welche Fragen soll er beantworten?



«JEDER BUNDESRAT WURDE BEREITS ANGEHÖRT» Die Genfer GPK-Präsidentin Roth-Bernasconi. FRIEDERICH/EQ

Roth-Bernasconi: Wir wollen wissen, was rund um diese Da-

tenherausgabe an die USA genau abgelaufen ist. Haben die Verantwortlichen aus der Situation heraus rechtmässig und opportun gehandelt? Wäre unsere Wirtschaft tatsächlich zusammengebrochen, wenn die Daten nicht herausgegeben worden wären? Und natürlich stellen sich auch Fragen zu den Verbindungen zwischen UBS, Finanzmarktaufsicht und Bundesrat, die geklärt werden müssen. Beispielsweise, ob Finma-Präsident Eugen Haltiner befangen war.

Wieso kann der Bericht nicht auf die Frühlingssession im März hin fertig gestellt werden?

Roth-Bernasconi: Die Anhörungen sind noch nicht vollständig abgewickelt. Zudem: Wir haben ein Milizparla-

ment, da ist es nicht möglich, einfach alles stehen und liegen zu lassen und wochenlang Sitzungen abzuhalten. Ich denke aber auch, dass die Schweiz nicht untergeht, wenn der Bericht erst im Mai vorliegt.

Wurden bisher auch UBS-Vertreter angehört?

Roth-Bernasconi: Nein, der Fokus liegt auf der Verwaltung. Wir haben die Oberaufsicht über den Bundesrat, die Verwaltung und das Bundesgericht und müssen jeweils feststellen, ob in diesen Bereichen Fehler begangen wurden.

Wurden Bundesräte aufgeboten?

Roth-Bernasconi: Jeder Bundesrat wurde bereits angehört.

Ein grosszügiges Angebot

Letzte Woche äusserte sich FDP-Ständerat Hans Hess gegen eine Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK). Es sei zweckmässiger, wenn die Geschäftsprüfungskommissionen von National- und Ständerat die Modalitäten rund um die Herausgabe von UBS-Daten an die USA untersuchten, sagte der Vizepräsident der entsprechenden GPK-Arbeitsgruppe. Gestern nun erklärte Hess vor den Medien: «Wenn der Bundesrat nicht kooperiert, bleibt uns keine andere Möglichkeit als eine PUK.» Zum Krach zwischen GPK und Bundesrat wird es gleichwohl nicht kommen. Konkret geht es um die bundesrätlichen Entscheidungsgrundlagen im Fall UBS: Bundespräsidentin Doris Leuthard

hatte am Mittwoch erklärt, die Regierung wolle Einsicht in die Akten gewähren, aber keine Kopien aushändigen. Die GPK dagegen besteht zwar auf der Herausgabe von Kopien. Indes genügt es Hess und SVP-Nationalrat Pierre-François Veillon, dem Vorsitzenden der Arbeitsgruppe, wenn nur sie zwei Einsicht in die Kopien haben. Dies haben sie Doris Leuthard gestern vorgeschlagen. Der Bundesrat entscheidet morgen über das grosszügige Angebot – kein Zweifel, dass er es akzeptiert. Weniger kompromissbereit ist die Wirtschaftskommission des Nationalrates: Sie forderte das Büro des Parlaments gestern auf, die Frage der PUK-Einsetzung für die nächste Sitzung zu traktandieren. (MZ)



MEHR GELD Bundesrat Maurer spricht zum Kader. MANU FRIEDERICH/EQ

Mit Maurer im Feld

Kadertag der Armee an historischem Ort

Bundesrat Ueli Maurer erwartet von seinen Kadern, «ungewöhnlich und mutig» zu sein. Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, wählte der VBS-Chef für den gestrigen Kadertag denn auch einen unüblichen Ort. Rund 950 Kader versammelten sich bereits am frühen Morgen im bernischen «Wangersmatt Forst» zwischen Neueneegg und Rosshäusern, wie ein Sprecher des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) sagte. An die-

sem Ort sammelten sich 1339 die Eidgenossen für die Schlacht bei Laupen statt. Es brauche Mut, ausgetretene Pfade zu verlassen, sagte Maurer und bekräftigte sein Ziel, die Schweizer Armee zur besten der Welt zu machen. Mit der zweitbesten könne man nichts anfangen. In Zukunft sieht der Verteidigungsminister vor allem die Finanzen als zentrales Thema. Die Sicherheit des Landes müsse etwas wert sein, sagte Maurer. Die Armee brauche mehr Geld. (DDP)

Neue Chance für Väter

Geschiedene sollen das Sorgerecht wieder erlangen können

KAREN SCHÄRER

Kürzlich fällte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg ein Urteil, das man auch in der Schweiz als «absolut wegweisend» erachtet. Im Fall «Zaunegger gegen Deutschland» hatte ein Vater einer ehelichen Tochter geklagt, weil ihm das Sorgerecht ohne gerichtliche Prüfung verweigert worden war. Das Gericht kam zum Schluss, «der Ausschluss einer gerichtlichen Einzelfallprüfung der Sorgerechtsregelung» diskriminiere den Vater, wie es in einer Pressemitteilung zum Fall heisst.

Für Felix Schöbi vom Bundesamt für Justiz (BJ) bedeutet das Urteil eine Absage an den Vorrang der Mutter bezüglich Sorgerecht: «Vater und Mutter müssen mit Blick auf das Kind ohne Wenn und Aber gleich behandelt werden.» Will die Schweiz nicht gegen die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) verstossen, muss also auch sie ihre Sorgerechtsregelung EMRK-konform ausgestalten.

Gemeinsame elterliche Sorge als Regelfall

Derzeit wird das Zivilgesetzbuch im Bereich elterliche Sorge revidiert. Nach der Vernehmlassung entschied der Bundesrat: Bei Konkubinatspaaren soll es keinen Automatismus für die gemeinsame elterliche Sorge geben. Trotzdem soll das gemeinsame Sorgerecht der Regelfall sein: Dies, wenn die Mutter einwilligt oder der Vater es vor Gericht einfordert. «Wenn es nicht krasse Gründe dagegen gibt, wird der Richter zugunsten des Mannes entscheiden müssen», sagt Schöbi.

Bei Ehescheidungen wird das Sorgerecht heute einem Elternteil, meist der Mutter, zugesprochen, wenn die Eltern nicht ausdrücklich das gemeinsame Sorgerecht wünschen. Neu bleibt es von Gesetzes wegen beim gemeinsa-

men Sorgerecht. Im Bundesamt für Justiz ist man daran, eine Botschaft zu erarbeiten. Diese soll der Bundesrat bis Ende Jahr verabschieden, sodass das Parlament die Beratung des revidierten Gesetzes aufnehmen kann.

Väter ohne Sorgerecht dürfen hoffen

Möglich, dass dann auch bereits geschiedene Väter Hoffnung schöpfen dürfen: «Väter, denen kein Sorgerecht zusteht, sollen die Möglichkeit haben, dieses wieder zu erlangen», sagt Schöbi. Mit Inkrafttreten des neuen Rechts (frühestens ab Mitte 2012) sollen also bereits geschiedene Väter auf Abänderung des Scheidungsurteils klagen können. «Das wird aber noch für Diskussionen sorgen», ist sich Schöbi sicher.

Er dürfte recht behalten: So sagt Alfred Heer (SVP/ZH): «Die alten Fälle sollte man lassen, wie sie sind.» «Skeptisch» ist auch Barbara Schmid-Federer (CVP/ZH). Kurt Fluri (FDP/SO) hingegen sagt: «Bei einem Dauerzustand wie dem Kindsverhältnis dünkt mich diese Praxis logisch.» Auch für Parteikollegin Christa Markwalder wäre dies «eine pragmatische Lösung». Unterstützung bekommt die Idee auch von grüner Seite: «Es sollte möglich sein, ein Urteil anzupassen – vorausgesetzt, es ist im Sinne des Kindeswohles», sagt Brigit Wyss (SO). Und Daniel Vischer (ZH) sagt schlicht: «Das würde ich befürworten.»

Reto Wehrli (CVP/SZ), der seit Jahren für die gemeinsame elterliche Sorge als Regelfall kämpft, begrüsst grundsätzlich, dass das BJ die Frage aufgreift. Er findet es aber falsch, dass die Väter klagen müssen. «Man sollte einfach sagen: Das neue Recht gilt für alle Väter», sagt Wehrli. Umgekehrt sollten Mütter vor Gericht ziehen, wenn es schwerwiegende Gründe gebe, die gegen eine gemeinsame Sorge sprächen, findet er.

Nachrichten

Guldemann Botschafter



Der frühere Botschafter in Iran und Leiter der OSZE-Mission in Tschetschenien, Tim Guldemann, wird neuer Schweizer Botschafter in Deutschland. Er wurde vom Bundesrat zum Nachfolger von Christian Blickenstorfer ernannt, der in den Ruhestand tritt. Der 60-jährige Guldemann, der sich zurzeit in einem unbezahlten Urlaub befindet, tritt sein Amt im Mai an. (DDP)

Todesstrafe EDA unterstützt Aufschub

Die Schweiz begrüsst das Moratorium zur Todesstrafe in der Mongolei. Bisherige Todesurteile sollen demnach in Gefängnisstrafen von 30 Jahren umgewandelt werden. Mit diesem Schritt nehme die Mongolei in Ostasien eine Vorreiterrolle ein, teilte das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) gestern mit. Die Schweiz ermutigt die Mongolei, das Moratorium in eine formelle Abschaffung der Todesstrafe umzuwandeln. (DDP)

Versicherung Massive Schäden durch Hagel

Die schweizerische Hagel-Versicherungs-Gesellschaft hat im vergangenen Rekordjahr Schäden von insgesamt 111 Millionen Franken vergütet. Dies sind fast viermal mehr als noch im Vorjahr, als Schäden in der Höhe von 26,3 Millionen Franken ausbezahlt worden waren, wie Schweizer Hagel gestern mitteilte. Fast jeder zweite Versicherte hatte einen Schaden zu beklagen. (DDP)

Bahn Cisalpino befristet im Verkehr

Das Gotthard-Komitee hat gestern die geplante Übernahme des Cisalpino-Verkehrs auf der Nord-Süd-Achse durch die SBB begrüsst. Angesichts der schwierigen Situation bei Rollmaterial und Fahrplan sprach sich das Komitee aber für eine befristete Konzeption von zwei bis vier Jahren aus. (DDP)

Korrigendum Keine bezahlten Lektionen für Absprachen

Im Artikel «Integrative Förderung: Ja, aber nicht so» (Ausgabe vom 13. 1.) heisst es, im Kanton Solothurn werde den Lehrpersonen in der laufenden Pilotphase eine Lektion pro Woche für Absprachen im multiprofessionellen Team vergütet. Dies trifft nicht zu: Eine so genannte Kooperationslektion ist eine Ausnahme. (MZ)

Duell Aktuell

Wie profitabel ist die 2.Säule? Braucht es eine Rentenkürzung? Ständerätin Christine Egerszegi im Duell gegen Ex-Preisüberwacher Rudolf Strahm. Heute ab 18.30 Uhr auf Tele M1.